

Auch wenn man über das wahre Ausmaß der Gefahren für die Demokratie in diesem dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts durchaus streiten kann, dürfte doch kein Zweifel daran bestehen, dass Autokraten keine Gelegenheit auslassen, um die Oberhand zu gewinnen. Anstatt Demokratien als bloße Konkurrenten zu begreifen, sehen Autokraten in ihnen eine existenzielle Bedrohung für ihre Legitimation im eigenen Staat wie auch im Ausland – gleich ob durch Tat oder Beispiel. Diktatoren begnügen sich nicht länger mit der Stärkung ihrer eigenen Macht, sondern greifen auch über die Landesgrenzen hinaus, um Demokratie zu verhindern, wo es sie noch nicht gibt, und zu unterminieren, wo sie schon existiert.

Dieser rabiate, nach außen gerichtete Autoritarismus findet seinen schrecklichsten Ausdruck in Wladimir Putins blutiger Invasion der Ukraine oder – stiller und effektiver – in Xi Jinpings Eliminierung der letzten Reste von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit in Hongkong. Weniger blutig, wenngleich nicht weniger gefährlich zeigt sich der Autoritarismus jedoch auch in einer weit verbreiteten Propaganda, die ihn als Staatsform anpreist, die mit den globalen Bedrohungen von der Klimakrise über wirtschaftliche Unterentwicklung bis hin zu Pandemien besser fertig werde. Nach diesem neuen Narrativ ist Autokratie verpackend, vorausschauend und langfristig orientiert, während demokratische Regierungen entscheidungsschwach seien und kaum über den nächsten Wahltag hinaus zu blicken vermöchten.

Wenn die Demokratie durch den Autoritarismus nur in Gestalt von Panzern und verführerischen Geschichten bedroht wäre, wäre das bedenklich genug. Doch haben die Autokraten der Welt in ihrem Krieg gegen die liberale repräsentative Demokratie mittlerweile eine neue Front eröffnet. Dieser neue Angriff auf die Demokratie nutzt gerade deren Offenheit, um sie von innen her zu schwächen. Während Autokratien durch Repression und Zensur gleichsam die Zugbrücke hochziehen können, um sich gegen ideologische Infiltration aus der freien Welt abzuschotten, macht die Verpflichtung auf einen offenen Austausch der Ideen die Demokratien anfällig für eine neuartige Form asymmetrischer Beeinflussung, die als „scharfe Macht“ bezeichnet wird. Dabei geht es nicht darum, das Verhalten führender Politiker zu verändern, Herz und Verstand von Bürgern zu gewinnen oder die Vitalität der Demokratien und deren Widerstandskraft gegen die Diktatur zu schwächen. Vielmehr versucht man, die Idee der Demokratie schlechthin zu untergraben.

So investiert der Krell beträchtliche Summen in Propagandainstrumente wie den Satelliten-TV-Sender RT, Fake-News-Sites wie News Front oder der Krim oder Zero Hedge in Bulgarien sowie in Troll-Farmen wie die in Sankt Petersburg beheimatete „Internet Research Agency“. Sie alle versuchen, geistige Unordnung zu stiften und die politische Polarisierung zu verschärfen, indem sie Desinformation betreiben, im Netz für Unfrieden sorgen und alles tun, damit Streitereien auf Twitter oder Facebook in die reale Welt überschwapen. Ganz ähnlich nutzt die Kommunistische Partei Chinas die offenen Türen westlicher Medien und akademischer Institutionen, um mit Geld und Zugangsversprechungen Journalisten zu beeinflussen, Wissenschaftler zu kaufen und Grenzen für das zu setzen, was geschrieben, gedacht und gesagt werden darf.

Ohne Zweifel verstehen es Russland und China am besten, ihre scharfe Macht für ihre Zwecke zu nutzen. Aber auch Autokratien wie Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate setzen soziale Medien regelmäßig als Waffe ein und durchdringen zunehmend kulturelle und akademische Institutionen im Westen, um ihre Regime zu legitimieren, Kritiker zu übertönen und Nachrichten zu verzerrern. Sie zögern auch kaum, ihre Instrumente scharfer Macht einzusetzen, um jedes zarte Pflänzchen der Demokratie auszureißen, das sich in ihrer unmittelbaren Umgebung zeigen sollte.

Die Ära westlicher Selbstgefälligkeit ist vorbei. Wir erleben einen aktiven Angriff autoritärer Regime auf die Demokratie, und die Auswirkungen dieser Aggression sind inzwischen deutlich zu erkennen. In zahlreichen Ländern von Afghanistan bis nach Simbabwe greifen die Behörden zu brutalen Repressionsmaßnahmen, und das oft ungesühnt. Die Zusammenarbeit zwischen repressiven Regimen ist inzwischen die Regel, und sie lernen voneinander. Die irrigen Annahmen hinsichtlich eines unausweichlichen Sieges der liberalen Demokratie haben den Westen nur noch verwundbarer gemacht. Nach dem Ende des Kalten Kriegs waren die westlichen Länder überzeugt, eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland und China, insbesondere „Wandel durch Handel“, werde beiden Seiten Nutzen bringen und umfassende Reformen auslösen. In dieser Phase hieß der Westen die Volksrepublik China in vielen Institutionen willkommen und glaubte, die Kommunisten zu einem verantwortungsbewussten Mitglied der internationalen Gemeinschaft machen zu können.

Im Rückblick erlagen die Demokratien einer gravierenden Fehleinschätzung. Freie Gesellschaften stellten ihre eigenen Wettbewerbsvorteile – die Prinzipien demokratischer Verantwortlichkeit und Transparenz – vielfach hintan. Weil die Demokratien die Augen vor den korrupten Praktiken autoritärer Regime verschlossen, Selbstzensur übten oder den

Die Ära westlicher Selbstgefälligkeit ist vorbei

Der globale Einsatz scharfer Macht hat die Hinwendung zum Autoritarismus und die Abkehr von der Demokratie weltweit beschleunigt. Was können offene Gesellschaften tun, um den Bedrohungen durch Staaten wie Russland und China zu begegnen?

Von William J. Dobson und Christopher Walker



diktatorischen Machthabern erlaubten, die Bedingungen der Zusammenarbeit zu diktieren, verloren sie und ihre zentralen Institutionen an Boden. So öffneten sich Universitäten in offenen Gesellschaften viel zu bereitwillig den von staatlicher Seite getragenen Konfuzius-Instituten zur Förderung der chinesischen Kultur und Sprache oder ließen auf andere Weise zu, dass autoritär gelenkte Initiativen die akademische Integrität untergraben konnten. Mit der Zeit haben sich die autoritären Regime ans Werk gemacht und ihre eigenen Präferenzen durchgesetzt.

Das zeigt sich etwa in der transnationalen Repression, bei der Staaten über ihre nationalen Grenzen hinausgreifen, um Dissens innerhalb der Diaspora zu schüren und ins Exil gegangene Demokraten zum Schweigen zu bringen – wobei sie gegen internationale Normen staatlicher Souveränität verstoßen. Die grauenhafte Ermordung Jamal Khashogis im Auftrag saudi-arabischer Behörden in der Türkei ist das bekannteste Beispiel für dieses zunehmend bedeutsame Phänomen. Des Weiteren hat die technologische Revolution der vergangenen Jahrzehnte digitale Formen transnationaler Repression hervorgebracht, die es Diktatoren sogar noch leichter machen, Aktivisten, Journalisten und Kritiker zu verfolgen und einzuschüchtern, ganz gleich, wo sie sich aufhalten mögen. Zu Hause kennt die Repression längst schon keine Grenzen mehr. Der politisch motivierte Mord an Alexej Nawalnyj vor wenigen Wochen in einem sibirischen Gefängnis fügt sich in ein globales Muster. In China hat der Dissident und Nobelpreisträger Liu Xiaobo vor acht Jahren ein ähnliches Schicksal erlitten.

Die weltweite Offensive autoritärer Regime beschränkt sich jedoch keineswegs auf die Unterdrückung einzelner Aktivisten oder Gruppen. Sie ist weitaus ehrgeiziger. Führende autoritäre Mächte zielen auf das Denken eines ausländischen Publikums, indem sie zentrale Institutionen der Demokratien manipulieren, darunter Universitäten, Verlage, Thinktanks, politikwissenschaftliche Institute, Medien und Firmen der Unterhaltungsbranche.

China und Russland haben im Bereich der global agierenden Medien gewaltige Strukturen aufgebaut, die zunehmend mit Medien in Demokratien und Autokratien gleichermaßen zusammenarbeiten, um positive Nachrichten über ihre Regime zu verbreiten und eine kritische Berichterstattung zu verhindern. So erlauben die russischen Behörden eine kostenlose Verwendung der Inhalte der staatlichen Nachrichtenagentur Sputnik, während Reuters und andere internationale Nachrichtenagenturen Gebühren für die Nutzung ihrer Dienste erheben. Die Darstellungen des Kremls über die Invasion in der Ukraine stießen im Westen zwar weitgehend auf taube Ohren, ge-

wannen in vielen Ländern des globalen Südens jedoch einige Zugkraft.

Die globale Informationsstrategie der chinesischen Kommunisten stützt sich auf eine Kombination aus Zensur und Propaganda. Neben positiver Berichterstattung über China und die Machthaber gehören inzwischen auch kriegerische und zersetzende Narrative dazu, die sich gegen angebliche Feinde richten. So posteten staatliche chinesische Medien während der Proteste in Hongkong 2019 auf Facebook und Twitter Videos, die Demonstranten mit den Terroristen des Islamischen Staates (IS) und studentische Aktivisten mit Kindersoldaten verglichen.

Die digitale Revolution hat einiges dazu beigetragen, dass autoritäre Mächte das globale Umfeld leichter für ihre Zwecke zu nutzen und beträchtlichen Einfluss auszuüben vermögen. Neue Tools erleichtern autoritären Regimen die Manipulation und Überwachung ihrer Bevölkerung – und helfen antidemokratischen Kräften in anderen Ländern, dasselbe zu tun.

In zentralen Bereichen haben Autokratien die moderne Technologie bereits auf ihre Wertvorstellungen ausgerichtet. Das heute weltweit vorherrschende starke Modell technologischer Überwachung eignet sich gut für den Einsatz scharfer Macht. Nur Demokratien und suprastaatliche Institutionen wie die EU bemühen sich inzwischen sehr darum, die ubiquitären Technologien mit demokratischen Grundprinzipien der Verantwortlichkeit oder Rechenschaftspflicht und der Transparenz kompatibel zu machen. Die modernen sozialen Medien, die auf der Sammlung persönlicher Daten basieren, um die Gefühle der Menschen für die Zwecke einer zielgenauen Werbung einzusetzen, stehen nicht im Einklang mit einer politischen Kultur des Konsenses, der Verantwortung und der Zurückhaltung. Vielmehr ermöglichen die den sozialen Medien zugrunde liegenden Algorithmen eine umfassende Manipulation und verstärken die gesellschaftliche Polarisierung.

Seit Xi Jinping an der Macht ist, sind die Ambitionen Chinas auf diesen Gebieten noch gewachsen. Auch wenn China und andere autoritäre Mächte nicht explizit die Welt nach ihrem Bilde umzugestalten versuchen, sind die bürgerlichen Freiheiten überall in Gefahr, wenn autoritäre Formen des Sozialmanagements in die globale technologische Infrastruktur eingebaut werden. So haben Regierungen in mehr als achtzig Ländern chinesische Überwachungssysteme erworben, die zur Stärkung der staatlichen Kontrolle genutzt werden können. In Simbabwe etwa hilft China beim Aufbau eines Überwachungsstaates, der es den Behörden in Harare erlaubt, mehr Daten zu sammeln und besser zu verarbeiten. In Uganda spielt das staat-

lich gelenkte Unternehmen Huawei eine Schlüsselrolle bei der Installation der Technik, die es dem ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni ermöglicht, die Opposition in seinem Würgegriff zu halten.

Der globale Einsatz scharfer Macht hat die Hinwendung zum Autoritarismus und die Abkehr von der Demokratie weltweit beschleunigt. Die raschen Fortschritte bei Technologien, die auf künstliche Intelligenz setzen, und deren vermehrte Nutzung vor allem im Bereich der Überwachung dürften diesen Trend noch verstärken. Wenn die Demokratien noch die Oberhand gewinnen wollen, benötigen sie neue Strategien und neue Fähigkeiten.

Scharfe Macht kann nur dort erfolgreich sein, wo das Überleben der Demokratie den Menschen gleichgültig ist, wo sie nicht zu erkennen vermögen, wann sie bedroht ist, oder wo sie nicht bereit sind, gemeinsam Widerstand gegen diese Bedrohung zu leisten. Wo scharfe Macht bislang gescheitert ist, allen voran in Australien, der Tschechischen Republik, in Litauen und in Taiwan, geschah dies, weil Bürger allzu engagiert für die Demokratie, allzu kritisch und allzu organisiert waren, um sich infiltrieren zu lassen. Daraus lässt sich Folgendes lernen: Wenn wir darüber nachdenken, wie wir scharfer Macht widerstehen und die Demokratie insgesamt stärken können, empfiehlt es sich, die Bildungsrichtungen und kulturellen wie auch sozialen Institutionen in den Blick zu nehmen, die den Menschen Grundwerte und jene Fähigkeiten vermitteln, die für die Aufrechterhaltung einer freiheitlichen und repräsentativen Demokratie unerlässlich sind.

Die meisten freien Gesellschaften sind immer noch nicht hinreichend darauf vorbereitet, den von China, Russland und anderen gleichgesinnten Staaten eingesetzten Strategien scharfer Macht entgegenzutreten. Australien und die anderen genannten Länder haben Gefahren für die Integrität ihrer demokratischen Institutionen abgewehrt und halten wertvolle Lektionen für diesen Kampf bereit. In jedem dieser Länder spielte der nicht-staatliche Sektor eine entscheidende Rolle bei der Alarmierung der Politiker und der breiteren Öffentlichkeit im Blick auf autoritäre Übergriffe. Überall wurden zu verlässliche, aber leicht verständliche Informationen und Analysen veröffentlicht, überfällige Debatten angezettelt und durch Offenheit wie auch Transparenz die Widerstandskraft gestärkt.

Diese vier Länder waren insofern außergewöhnlich, als sie im Unterschied zu den meisten anderen Staaten über entscheidende Voraussetzungen für die Abwehr scharfer Macht verfügten. Ihre Reaktionen stützten sich auf eine hartnäckige Zivilgesellschaft und auf Nachrichtenmedien, die wichtige Fragen unparteiisch und ohne Angst ansprachen. In Australien, der Tschechischen Republik und insbesondere in Taiwan gab es unabhängige China-

Fachleute, die in der Lage waren, die Öffentlichkeit scharfsichtig über autoritäre Einflüsse zu informieren. Doch nur wenige andere Länder sind hinreichend gerüstet, um den asymmetrischen Vorteilen der chinesischen oder russischen scharfen Macht zu widerstehen, vor allem nicht in Lateinamerika und den afrikanischen Staaten südlich der Sahara.

Das volle Spektrum der Beeinflussungstaktiken autoritärer Mächte kann für viele Länder überwältigend sein. Länder, in denen es keine robuste Zivilgesellschaft, keine fähigen Nachrichtenmedien und keine unabhängige Expertise über China und Russland gibt, sind dabei besonders verwundbar. Um den wachsenden Bedrohungen durch scharfe Macht zu begegnen, sollten demokratische Gesellschaften folgende Schritte gehen:

Offene Gesellschaften müssen erstens offensiver und kreativer mit der Undurchsichtigkeit und Geheimhaltung autoritärer Staaten umgehen. Wenn Autokraten sich mit ausländischen Partnern einlassen, ziehen sie es vor, direkt (und oft ausschließlich) mit den Eliten in Staat und Regierung zu arbeiten. Dieser auf den Staat ausgerichtete Ansatz ermöglicht eine Kultur der Korruption. Wenn die Führungen Chinas, Russlands und anderer autoritärer Staaten außerhalb ihres eigenen Machtbereichs agieren, sehen sie es nicht gern, dass nichtstaatliche Stimmen sich in die Entscheidungsprozesse einmischen. Die Demokratien sollten hier keine Zugeständnisse machen. Offene Gesellschaften müssen ihre Bemühungen intensivieren, außerstaatliche Stimmen in Diskussionen und Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Je stärker zweitens die Eliten in einem Land vereinnahmt werden, desto schwerer lässt sich die Integrität der Institutionen schützen. Offene Gesellschaften können und sollten ihre Anfälligkeit für eine Vereinnahmung der Eliten verringern, und zwar durch eine Kombination aus strengen Investitionsregeln und, falls nötig, ökonomischer Abschreckung. Entwickelte Demokratien könnten standardisierte Verfahren zur Prüfung ausländischer Investitionen und zur Klärung der daraus resultierenden Verbindungen zu einheimischen Eliten einführen. Diese Bemühungen sollten, wo immer möglich, auch die Länder des globalen Südens einbeziehen.

Die Neujustierung der Regeln freier Meinungsäußerung ist ein zentrales Ziel autoritärer Mächte. In offenen Gesellschaften müssen daher drittens Institutionen – darunter Universitäten, Verlage, Thinktanks, Tech-Firmen, Medien und Unternehmen der Unterhaltungsindustrie – neue Wege finden, um die Bemühungen autoritärer Mächte und ihrer Helfer um eine Beschränkung der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zu vereiteln.

Viertens müssen Wissenschaftler, Journalisten und Öffentlichkeit verstehen ler-

nen, wie chinesische oder russische Beeinflussungsversuche sich im lokalen Kontext manifestieren und wie sie ihrerseits Transparenz und Rechenschaftspflicht fördern können. In den einzelnen Ländern sollten neue interdisziplinäre Netzwerke entwickelt werden, die als Wissenszentren für eine Beschleunigung der Lernprozesse und der Anpassung sorgen können. Durch eine Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Medien und Wächterorganisationen sollten diese Zentren Wissenslücken der breiteren Öffentlichkeit schließen und Wissen über den kleinen Kreis der Fachleute hinaus verbreiten.

Auf dem Feld global agierender Medien haben China und Russland gewaltige Kapazitäten aufgebaut. Sie dienen zu nichts anderem als dazu, politische Inhalte zu verbreiten, die der politischen Führung in Peking oder Moskau genehm sind. In diesen finanziell bestens ausgestatteten Medien scheuen die Autokraten nur selten davor zurück, Kritik an den westlichen Demokratien zu üben. Diese Länder müssen fünftens weitaus mehr Anstrengungen und Geld in medienbezogene Initiativen investieren, um wirksam mit der bereits hoch entwickelten autoritären Medieninfrastruktur konkurrieren zu können.

Autoritäre Mächte bemühen sich, die globale Technologieumgebung an ihre obersten Prioritäten anzupassen. Es geht um Kontrolle und Überwachung sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Grenzen. Deshalb müssen die Demokratien sechstens ihre Bemühungen beschleunigen und vertiefen, gemeinsame technologische Standards einzuführen, die Transparenz und Rechenschaftspflicht fördern.

Über allem sollten wir nicht aus den Augen verlieren, dass diese skrupellosen, jede Rechenschaftspflicht ablehnenden Regime über keinerlei moralische Überlegenheit verfügen. Die Regime in Peking und Moskau unterdrücken nicht nur ihre eigenen Völker, sondern verüben auch in der autonomen Region Xinjiang beziehungsweise in der Ukraine moderne Formen des Völkermords. Die Führungen in Teheran und Riad gehen mit unsäglich Brutalität gegen Frauen vor, die angesichts der unererblichen staatlichen Repression mutig und furchtlos für mehr Freiheit kämpfen. Das einst prosperierende Venezuela, um ein anderes Beispiel zu nennen, ist unter der Führung von Hugo Chávez und Nicolás Maduro zu einem verarmten und repressiven Staat geworden.

Demokratische Gesellschaften können sich an das extreme Unrecht autokratischer Regime gewöhnen, und das auch wegen der neutralisierenden und konditionierenden Effekte heutiger Desinformation und Propaganda. Doch nach fast zwei Jahrzehnten des Wiederaufstiegs autoritärer Regime müssen freie Gesellschaften sich darüber im Klaren sein, was hier auf dem Spiel steht. Falls sie ihre Wettbewerbsvorteile wie Innovation, Meinungsfreiheit, Offenheit und Rechenschaftspflicht nicht entsprechend einsetzen, werden die Bedrohungen durch die scharfe Macht weiter wachsen.

Bis vor wenigen Jahren galt es weithin als ausgemacht, dass autoritäre Regime den demokratischen nach und nach friedlich weichen würden. Dazu bedürfte es lediglich der heilsamen Wirkung der Zeit: der Zeit dafür, dass sich in den autoritären Ländern eine Mittelschicht entwickle, wie auch der Zeit dafür, dass die Globalisierung deren Eliten im Finanzwesen, in der Wirtschaft oder der Justiz mit den unsrigen verbinde. Zeit auch für das Internet, die Bürger dort neuen Ideen und verschiedenartigen Informationsquellen auszusetzen, sowie Zeit für deren Kinder, an unseren Universitäten zu studieren, unsere Werte aufzunehmen und dann in der Heimat zu verbreiten.

Natürlich gab es immer zahlreiche Anzeichen dafür, dass diese Transformation nicht wie erhofft stattfand. Aber wir ignorierten diese Anzeichen oder überzeugten uns selbst, dass mehr Zeit erforderlich sei. Wir können uns solche Illusionen nicht länger leisten. Mittlerweile sollte klar sein, dass Russland, China und deren Nachahmer nicht dabei sind, uns ähnlich zu werden, sondern intensiv nach neuen Wegen in ihrem Kampf gegen die Freiheit suchen. Die Zeit ist nicht auf unserer Seite. Je länger wir warten, um uns den Bedrohungen durch scharfe Macht zu stellen, desto intensiver werden die hartgesottensten Autokratien unsere Universitäten, unsere Medien, unsere Technologie, Wirtschaft und Kultur bearbeiten, um sie gegen die freiheitlichen Gesellschaften einzusetzen. Was wir nicht verstanden hatten, aber jetzt unmöglich übersehen können, ist die Tatsache, dass autoritäre Regime in der Demokratie eine fundamentale und unerbbliche Gefahr für ihre Herrschaft erblicken. Es reicht ihnen nicht mehr aus, die Demokratie fernzuhalten, vielmehr geht es ihnen nun darum, sie an der Quelle auszutrocknen. Deshalb sollte dieser Kampf all jenen größte Sorge bereiten, die unsere Demokratie nicht nur am Leben erhalten, sondern auch sicherstellen wollen, dass sie wächst und gedeiht.

▲ ▲ ▲
Aus dem Amerikanischen übersetzt von Michael Bischoff.

William J. Dobson ist Mitherausgeber des Journal of Democracy. Christopher Walker ist Vice President for Studies and Analysis am National Endowment for Democracy.

Gerhard Richter, War Cut, 2002, fotografiertes Detail des abstrakten Bildes Nr. 648-2 von 1987 © Gerhard Richter 2024